Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 40 Pfg.; durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Ausgaben Abends und Morgens ausgeliefert.

Für Rückgabe einsendender Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2066.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg.
Für Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 40, 50 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Oswald Funke, Schirmgeschäft
Dresden-Pieschen, Bürgerstrasse 44
empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Corn-Pflaster
zur Beseitigung jeder harten Hautwucherung, als: Hühneraugen, Warzen, Hornhaut etc.
Versandt nach auswärts Carton 30 Pfg.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

H. Trültzsch's garantirt reine, natürliche Citronensaftkur
Haltbares Citronensaft ohne Zusatz von Alkohol u. s. w. in Flaschen zu 60, 110, 210 und 310 Pf. in Dresden bei C. Hahmann, Waisenhausstr. 9 und C. Schneider jr., Wilsdrufferstr. 19. Versandt nur durch H. Trültzsch, Berlin 39. Fuhr v. ca. 60 Ctr. 3,50 Mk., von ca. 120 Ctr. für 6 Mk. franko incl. Kurpfuscher u. Dankschreiben vieler Gelähmter v. Gicht, Rheuma, Fettsucht u. s. w.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen u. Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. **C. H. Hesse Nchf.,** Marienstr. 20, 3 Raben.

Nr. 37. Spiegel: Auswärtige Politik Frankreichs. Hofnachrichten, Landtag. Besteuerung der Ausländer, Befahrungsgeld für Bergbeamte, Spitzensammler. Verein Gewerbetreibender. | Muthmaßliche Witterung: Wärmer, stellenweise Niederschläge. | **Freitag, 7. Februar 1902.**

Die auswärtige Politik Frankreichs.

Die auswärtige Politik Frankreichs gleicht seit einiger Zeit einem Versuchsfelde für spekulative Philosophie. Die Staatsmänner und Diplomaten im stillen Kämmerlein, die Politiker in der Presse unter dem Lichte der Oeffentlichkeit erwägen und erörtern unausgesetzt die verschiedenartigsten Probleme der internationalen Mächtegruppirung und stellen die tiefsinnigsten Hypothesen über die beste Art auf, wie Frankreich zum Mittelpunkte eines Kreises gemacht werden könne, der von der Sonne der französischen „gloire" Licht und Wärme empfange. Mit russischer Hilfe allein dieses Ziel zu erreichen, hofft man augenscheinlich nicht mehr. Der Nimbus der französisch-russischen Verbrüderung ist längst dahin und es müßte schon eigenartig kommen, wenn die Welt noch eine zweite Auflage des Russenkultus erleben sollte, der vor Jahren jählings aufschäumte, wie der prickelnde Geist des Champagners, aber auch ebenso rasch wieder verflog wie dieser. Geld, nichts als Geld, ungeheuer viel Geld hat die „Allianz" mit dem heiligen Rußland den französischen Rentenbesitzern und sonstigen Kapitalisten bis jetzt gekostet und dabei ist Herr Witte immer noch nicht zufrieden, sondern macht mit echt slavischer schlauer Behaglichkeit einen Vorgepsuch nach dem anderen. Das ertrage, wem's gefällt, denken die Franzosen und bestätigen allmählich durch ihr Verhalten gegenüber Rußland die alte Regel, die bereits so lange in Geltung ist als gemünztes Geld in der Welt umläuft, daß in Finanzsachen jede Gemüthlichkeit aufhört.

Die jüngsten scharfen Angriffe in der Deputirtenkammer gegen die russenfreundliche Politik der Regierung beweisen, auch wenn man voll berücksichtigt, daß sie von sozialdemokratischer Seite ausgingen, doch auf jeden Fall einen Umschwung der Stimmung gegenüber dem Zarenreiche, wie man ihn vor noch gar nicht langer Zeit kaum für möglich gehalten hätte. Es gab eine Zeit, wo der wüthendste Revolutionär in Frankreich eine solche Sprache gegen Rußland und sein selbstherrliches Oberhaupt nie und nimmer gewagt haben würde, und wo, hätte sich irgendwer auch nur einen Bruchtheil von den jetzigen Ausfällen erlaubt, die Mehrheit mitsammt der Regierung in flammende Entrüstung gerathen wäre, während die Haltung Herrn Delcassé's und der Kammer in dem vorliegenden Falle einen lauen, lahmen und zahmen Eindruck hervorruft. Nicht einmal die leitende Pariser Presse findet einige scharfe Worte der Abwehr. Der „Figaro" und selbst der hochoffiziöse „Temps" erkennen vielmehr resignirt an, daß zwischen Frankreich und Rußland manche Reibungsflächen und Interessengegensätze, namentlich im Orient, beständen; die russisch-französische Allianz sei eben nur eine „große Vernunftehe", in der beide Theile „Vorsicht und Schonung" gegen einander üben müßten. Der „Temps" wird sogar recht auffällig gegen Rußland, indem er auf die antifranzösische Haltung des russischen Botschafters in Konstantinopel, Sinowjew, anspielt und dann auch noch den russischen Finanzminister Witte abkanzelt, indem er schreibt, dieser stehe in dem Rufe, Frankreich „nicht sonderlich zu lieben". Herr Witte habe jüngst einem amerikanischen Journalisten gegenüber von Deutschland „mit grenzenloser Bewunderung", von Frankreich aber mit einer „Ungenirtheit" gesprochen, die nicht frei von Spott und Hohn gewesen sei.

Mit Rußland ist es also offenbar nichts Rechtes und da soll nun eine neue Allianz herhalten; diese aber wird „nach berühmten Mustern" gleich in Dreibundsgestalt vorgezogen. Frankreich-England-Italien heißt die neue Kombination, die der Republik zur Auffrischung ihres „Prestiges" in der Welt verhelfen und wer weiß was Alles zur höheren Ehre des französischen Nationalruhmes verwirklichen soll; den Russen läßt man so nebenbei auch noch ein Plätzchen in der Vereinigung offen, aber eben nur, wenn sie wollen: „genöthigt wird nicht". Von italienischer Seite wird versichert, daß Herr Delcassé als Beweis des französischen Wohlwollens bereits die diplomatische Grundlage zu einer Verständigung über eine lebhaftere Betheiligung Italiens an der Behandlung der Balkanangelegenheiten und insbesondere der albanischen Frage gelegt habe.

Unter den Stimmen, die den gleichzeitigen Anschluß nach der englischen Seite hin befürworten, ist eine Auslassung des aus dem Dreyfus-Prozeß her bekannten ehemaligen Oberstleutnants Picquart von Interesse, der übrigens in der Zwischenzeit eine andere Erkenntniß gewonnen und dem Exkapitän Dreyfus gegenüber in sehr deutlicher Weise seinem Empfinden Ausdruck verliehen haben soll. Herr Picquart meint, ein Bündniß mit Deutschland, das Frankreich der Nothwendigkeit überheben könnte, seine Rüstungen in's Ungemessene zu steigern, sei so lange unmöglich als Elsaß-Lothringen zum Deutschen Reiche gehöre. Die Vorzüge Deutschlands erkennt Picquart allerdings vorurtheilslos an. Er sagt u. A.: „Alle Aufrichtigen in Frankreich neigen sich vor den unermeßlichen Diensten, die der deutsche Gedanke und die deutsche Thätigkeit der Wissenschaft, der Litteratur und gewissen Künsten geleistet haben und noch weiter zu leisten berufen sind. Man braucht sich nur das Wirken Deutschlands auf diesen verschiedenen Gebieten hinwegzudenken, um eine Vorstellung von der Stockung zu gewinnen, die durch eine solche Lücke auf der Bahn des Fortschrittes entstehen würde. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die den beiden Nationen angeborenen besonderen Eigenschaften einander in vortheilhaftester Weise ergänzen, und daß stetige herzliche Beziehungen daher beiden zum Nutzen gereichen würden." Da aber nun einmal einer deutsch-französischen Allianz ein „unüberschreitliches Hinderniß" im Wege stehe, so bleibe eben nur eine französisch-englisch-italienische Annäherung übrig. Könnte gar ein festes Bündniß zwischen diesen drei Mächten zu Stande gebracht werden, so sei Frankreich im Mittelmeer völlig sicher, könne nöthigenfalls seine Flotte zur Verstärkung der russischen nach der Nord- und Ostsee schicken und es sei dann gegenüber Deutschland eine Verproviantirungssperre möglich. Dann aber sei Deutschland nicht in der Lage, einen jener langen Kämpfe auszuhalten, die Feldmarschall v. Moltke den kommenden Geschlechtern in Aussicht gestellt habe. Im Zusammenhang hiermit wird gemeldet, daß thatsächlich zwischen den Kabinetten von London und Paris Verhandlungen gepflogen würden, um zunächst eine koloniale Verständigung zwischen Frankreich und England (u. A. in der Neufundland- und der marokkanischen Frage) herbeizuführen; Herr Delcassé und der französische Botschafter in London Cambon sollen persönlich sehr für den Plan eingenommen sein. Auffällig ist es auch, daß die englische Regierung gerade jetzt den Italienern gegenüber einen unerwarteten Akt des Entgegenkommens vorgenommen hat, indem sie die Sprachverfügung auf der Insel Malta, die wegen ihrer Vergewaltigung der italienischen Sprache in Italien Erregung verursacht hatte, kurzer Hand aufhob. Herr Chamberlain begründete diese Maßregel im Parlament in höchst eigner Person mit dem „Wunsche, den alten italienischen Freunden gefällig zu sein". Das hat natürlich in Italien einen ausgezeichneten Eindruck gemacht.

Zur Kritik der ganzen Geistesrichtung und Denkverfassung der Franzosen, deren neuester Ausfluß die französisch-italienisch-englischen Bündnißschmerzen sind, ist zu bemerken, daß sich darin abermals die bei der Mehrheit der Franzosen noch immer bestehende Unmöglichkeit offenbart, sich mit Würde in das Unvermeidliche zu finden und offen und ehrlich den Frankfurter Friedensvertrag anzuerkennen. Wie sehr diese „Unfähigkeit zu vergessen" die auswärtige Politik Frankreichs schädigt und sie an dem Beschreiten richtiger Bahnen hindert, weist der angesehene und einflußreiche nationalistische Abgeordnete Humbert im „Eclair" mit vernichtender Schärfe nach. Der genannte Abgeordnete behauptet nämlich, in dem deutsch-französischen Kameruntvertrage von 1894 sei u. A. eine Klausel enthalten, die ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte gegen England in Afrika bedinge. Deutschland habe, wie im Einzelnen nachgewiesen wird, seine Kosten für den Pakt prompt an Frankreich bezahlt; Frankreich dagegen habe Deutschland, als es sich bei der Jameson-Affaire auf die französischen guten Dienste glaubte stützen zu dürfen, schmählich im Stiche gelassen und das persönliche Vertrauen des Deutschen Kaisers getäuscht. Weiter heißt es dann, die Faschoda-Katastrophe sei die Buße Frankreichs für seinen damaligen schweren Vertrauensbruch gewesen: „Das Eintreten Deutschlands beim Faschodahandel hätte sofort die Neuregelung der egyptischen Frage auf das Tapet gebracht, welche die damals bereits von dem Deutschen Kaiser beeinflußte Pforte mit Unterstützung Frankreichs, Rußlands und Deutschlands verlangt haben würde. Wie hätte England unter solchen Umständen Frankreich zu bedrohen gewagt? Die Schande, vor den englischen Drohungen zurückzuweichen, wäre uns erspart geblieben, es wäre eine Regelung der egyptischen Frage zu unseren Gunsten erfolgt und der Ehrgeiz des britischen Imperialismus in Südafrika wäre, da die Bahn vom Kap nach Kairo sich als unmöglich erwiesen hätte, gebrochen und der schändliche Transvaalkrieg unmöglich geworden." So lange freilich eine solche Klarsicht, wie sie in den Darlegungen des Abg. Humbert zu Tage tritt, sich auf einen kleinen Kreis erlesener Geister beschränkt und nicht in die breiten Schichten des Volkes eindringt, werden die von dem „Vogesenhypnotismus" beherrschten Leiter der auswärtigen Politik Frankreichs Blinden gleichen, die unsicher nach einem Halt tasten und nicht mit festen Schritten an das Ziel zu gelangen vermögen.

Neueste Drahtmeldungen vom 6 Februar.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) **Reichstag.** Bei sehr schwacher Besetzung des Hauses wird die Berathung des **Etats des Reichsamts des Innern** fortgesetzt bei dem Kapitel Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen. — Abg. **Blos** (Soz.) erhebt Beschwerde darüber, daß die Aufsichtsbehörde in Braunschweig die Gewerkschaften als Versicherungsgesellschaften angesehen habe. Diese Zahlstelle eines Arbeiterverbandes sei in Folge dessen aufgelöst worden, was allerdings durch Gerichtsbeschluß wieder rückgängig gemacht worden sei. — Geh. Rath **Gruner:** Das Gesetz ist ja erst am 1. Januar in Kraft getreten, der Vorfall muß offenbar, wovon das Aufsichtsamt keine Kenntniß hat, vor dem 1. Januar liegen und die Auflösung auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften erfolgt sein. Uns sind bisher Beschwerden über Ausführung des Gesetzes nicht zugegangen. — Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Volksp.) beschwert sich darüber, daß in einem Kommentar zu dem Gesetze über das Privatversicherungswesen im Gegensatz zu der seinerzeitigen Erklärung der Regierung die sog. Zillmerei für nicht zulässig erklärt werde. Wenn jetzt die Zillmerei nicht zugelassen werde, so wären ja die Mitglieder des Hauses, die sich auf jene Erklärung der Regierung verlassen hätten, jetzt die lackirtesten Europäer. — Abg. **Heim** (Centr.) stimmt dem bei. Was in dem betreffenden Kommentar stehe, könnte ja dem Hause ganz gleichgiltig sein, wenn der Kommentar nicht gerade von einem Mann herrührte, der einer der Väter des Gesetzes war. — Abg. **Büsing** (nl.) und **Müller-Sagan** (freis. Volksp.) äußern sich im gleichen Sinne. — Abg. **Crüger-Wiesbaden** (freis. Volksp.) beklagt, daß der Personalbestand des Versicherungsbeirathes ein so schwacher sei, so daß Konzessionsgesuche so lange liegen blieben. — Geh. Rath **Gruner** erklärt, der Kommentar habe die Frage als eine offene behandelt, es sei das ja auch nur ein Kommentar eines Privatmannes, des Herrn v. Knebel-Döberitz. Er hatte sich nicht für befugt, sich darüber zu äußern. (Unruhe links.) Jedenfalls würden über die Streitfrage die Verwaltungsgerichte zu entscheiden haben. (Unruhe.) — Abg. **Müller-Meiningen** (freis. Volksp.): Geh. Rath Gruner hat seiner Zeit im Reichstage bei der zweiten Lesung sich so, wie ich es schon vorhin mittheilte, ausgesprochen. Wenn er jetzt erklärt, er wolle sich über die Sache, da es sein Privatkommentar ist, nicht äußern, so kann dies unser Mißtrauen nur verstärken. Er hat offenbar gegenüber seiner damaligen Erklärung den Rückzug angetreten. — Geh. Rath **Gruner:** Ich gebe ja zu, daß auch nach meiner Meinung eine gewisse Festlegung eingetreten ist. (Hört, hört!) Ich glaube, die Herren haben trotz des Kommentars keine Veranlassung, sich bezüglich der Handhabung des § 11 Befürchtungen hinzugeben. Ich bin von dem Herrn Staatssekretär ermächtigt, zu erklären, daß die Aufsicht in Bezug auf die strittigen Posten jedenfalls eine wetterherzige und den Wünschen des Hauses entgegenkommende Handhabung eintreten lassen wird. — Inzwischen ist eine Resolution Heim-Büsing-Müller-Meiningen eingegangen, den Reichskanzler zu ersuchen, das Aufsichtsamt anzuweisen, § 11 des Gesetzes dahin zu handhaben, daß entsprechend den Wünschen des Hauses, die Zillmer'sche Methode obligatorisch zuzulassen sei. — Abg. **Heim**, diese Resolution empfehlend, bemerkt, man könne beinahe von Unredlichkeit der Regierung sprechen, wenn in solcher Weise ein im April 1901 abgegebenes Versprechen nicht gehalten werde. (Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, sich in Ihren Ausdrücken zu mäßigen.) Meine Herren! wenn . . . (Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich auch konditionell zu mäßigen! Heiterkeit.) Redner ersucht dann das Haus nochmals, die Resolution anzunehmen. — Abg. **Bassermann** (nl.) tritt ebenfalls für die Resolution ein. Geh. Rath **Gruner** entgegnet, der Reichskanzler könne unmöglich die Aufsichtsbehörde anweisen, über eine solche Frage in einer bestimmten Richtung zu entscheiden. Wenn er selbst zwischen der zweiten und dritten Lesung in privaten Gesprächen sich in der geschilderten Weise geäußert habe, so könne eine solche Aeußerung des Vertreters der Regierung unmöglich das Aufsichtsamt binden. Die Verwaltungsgerichte würden unter allen Umständen die letzte Entscheidung haben. Das Kapitel Aufsichtsamt wird genehmigt. Ueber die Resolution wird erst in der dritten Lesung abgestimmt. Damit ist das Ordinarium des Reichsamts des Innern erledigt. Bei dem Extraordinarium Titel **Ausschmückung des Reichstags-** und des Präsidialgebäudes antwortet auf verschiedene Anregungen des Abg. Dienhardt der Präsident Graf **Ballestrem:** Ein künstlerischer Berath werde schon jetzt bei allen nothwendigen künstlerischen Bestellungen hinzugezogen. Die Büste Kaiser Wilhelms I. sei in der Rotunde überhaupt nur provisorisch aufgestellt, damit man sich über die Lichtwirkung klar werden könne. Bei der 6. Rate für ein Präsidialgebäude drückt Abg. **Paasche** (nl.) seine Verwunderung darüber aus, wie unendlich langsam an diesem Bau gearbeitet werde. — Staatssekretär Graf **Posadowsky** erklärt, er werde auf möglichste Beschleunigung hinwirken. — Der Titel wird bewilligt. — Wie im Vorjahre, sind 30000 Mark ausgeworfen zur Unterstützung für die Herausgabe von Veröffentlichungen auf dem Gebiete des Erziehungs- und Schulwesens. Die Bewilligung erfolgt in folgender Fassung: „Unterstützung an die Deutsche Gesellschaft für Erziehungs- und Schulgeschichte". — Bei dem Titel „Zur Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose 150000 Mk." bemängelt Abg. **Singer** (Soz.) den Betrag als viel zu gering. Freilich hätten wir ja im Reiche für Kulturausgaben nichts übrig und durch die geplante Lebensmittelvertheuerung bereite man sogar noch den Boden für die Tuberkulose. — Staatssekretär **Graf Posadowsky** hofft, daß es im nächsten Etat möglich sein werde, einen höheren Betrag einzustellen. — Abg. **Endemann** (nat.-lib.) wünscht ebenfalls für künftig größere Aufwendungen für diesen Zweck. — Abg. **Müller-Sagan** (freis. Volksp.) spricht im Sinne Singer's. Durch den Zolltarif werde der Tuberkulose der Boden bereitet. — Abg. v. **Kardorff** (Reichsp.) wirft dem Vorredner vor, in gehässiger Weise selbst bei dieser nationalen Angelegenheit den Zolltarif in die Debatte gezogen zu haben. (Vicepräsident Büsing erklärt, es nicht zulassen zu können, daß einem Mitglied des Hauses vorgeworfen werde, in gehässiger Weise gesprochen zu haben.) Der neue Zolltarif sei nöthig zur Erhaltung des Bauernstandes. — Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.) stimmt Kardorff bei. Sorgen Sie (nach links) lieber für Unterdrückung des Brotwuchers an der Börse. — Eine längere Debatte entsteht sodann bei dem neu eingestellten Posten von 4 Mill. Mk. zur Förderung von Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte durch Darlehen an private und gemeinnützige Unternehmungen (Baugenossenschaften usw.). — Abg. **Schrader** (freis. Ver.) dankt dem Reichsamt des Innern für die Einstellung von Mitteln für solche Zwecke, hält aber bei deren Verwendung Vorsicht für geboten, sowohl bei der Auswahl der Kreise, an welche man die Unterstützung gewähren wolle, sowie auch in Bezug auf das Maß der Unterstützung. — Abg. **Dasbach** (Centr.): Der Wohnungsnoth abzuhelfen, sei in erster Linie Pflicht der großen Industriestädte, dann aber auch des Reiches und der Einzelstaaten. Industriearbeiter und kleine Beamte, besonders Postbeamte, müßten jetzt eine Miethe zahlen, die zu ihrem kleinen Einkommen ganz außer Verhältniß stehen, in Berlin bis zu 33 Prozent des Einkommens, statt, wie die graue Theorie besage, 0,20 bis höchstens 0,25 Prozent des Einkommens. Nöthig sei ein Reichswohnungsgesetz. — Staatssekretär **Graf Posadowsky:** Ein Reichsgesetz könnte den verschiedenartigen Verhältnissen doch nicht genügend Rechnung tragen, in der Hauptsache müsse die Regelung der Wohnungsfrage den Einzelstaaten überlassen bleiben. Einzelne sind ja auch schon mit Erfolg mit Verordnungen vorgegangen. Das Erbbaurecht sei ein durchaus richtiges Prinzip, denn einmal könne der Einzelne bauen, ohne erst Grund und Boden theuer erwerben zu müssen, sodann komme eine etwaige Werthsteigerung nicht Grund und Boden nicht dem Erbbauberechtigten, sondern dem Staate, der Allgemeinheit zu Gute. — Abg. **Crüger** (freis. Ver.) kann demgegenüber nicht einsehen, weshalb nicht auch einmal ein

SLUB
Wir führen Wissen.